

Bewaffneter Konflikt und Krieg

Russlands Angriff und das Ende der europäischen Friedensordnung

Nils Wörmer
und Philipp Dienstbier

Russlands Angriff auf die Ukraine hat erneut deutlich gemacht, dass die Stabilität und Wehrhaftigkeit einer Demokratie nicht ohne militärische Stärke zu gewährleisten sind. Spätestens jetzt müsste jedem klar sein, dass einsatzfähige und gut ausgerüstete Streitkräfte mit einem starken Rückhalt in der Bevölkerung keineswegs ein Relikt vergangener Epochen sind, sondern eine Notwendigkeit, um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden und die offene Gesellschaft zu schützen.



Über drei Jahrzehnte lebten die deutsche Gesellschaft und ihre gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter in einer mit Blick auf die jüngere Geschichte Europas historischen Ausnahme-situation, gekennzeichnet durch Frieden, Freiheit und Wohlstand. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die existenzielle Bedrohung einer militärischen Auseinandersetzung für Deutschland und seine Verbündeten in EU und NATO zunächst weggefallen. Das geflügelte Wort der „Friedensdividende“ machte die Runde und im Bewusstsein vieler Deutscher verankerte sich die Annahme, die Bundesrepublik sei nur noch von Freunden umgeben.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat diese Illusion zerstört. Mit der offenen und de facto grundlosen Invasion der Ukraine hat Wladimir Putin Krieg als Mittel zwischenstaatlicher Auseinandersetzung nach Europa zurückgebracht. Der 24. Februar 2022 markiert aber insbesondere deshalb eine sicherheitspolitische Zäsur, weil der russische Angriff letztlich der Demokratie und der von ihr getragenen internationalen regelbasierten Ordnung selbst gilt.

Seit dem Ende des Kalten Krieges sind der politische Westen und die Werte des freien und demokratischen Europas nicht mehr so fundamental bedroht worden, wie durch Russlands beispiellose Aggression gegen die Ukraine. Der Krieg mag auf ukrainischem Boden ausgetragen werden – doch es ist die gesamte Gemeinschaft der Demokratien, der Putins Angriff schlussendlich gilt. Folglich ist Deutschland – ob es dies will oder nicht – bereits Konfliktpartei.

Berlin kann also die militärische Dimension internationaler Politik nicht länger verkennen und muss endlich die Konsequenzen für die eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik ziehen. Statt politischem Stückwerk braucht es nun einen großen Wurf, um die verlorengegangene Fähigkeit der deutschen Streitkräfte zur umfassenden Landes- und Bündnisverteidigung so schnell wie möglich wiederherzustellen.

Die fundamentale Ablehnung der regelbasierten Weltordnung

Seit den 1990er-Jahren schien es, als habe Krieg als fundamentale Bedrohung für die Demokratie in Europa an Relevanz verloren. Bewaffneter Konflikt war ein Phänomen, das vermeintlich weit entfernt am Rande der europäischen Peripherie auftrat oder im Falle der Balkankriege zwar in Europa stattfand, jedoch zu keinem Zeitpunkt tatsächlich eine Gefahr für Deutschland und seine Verbündeten darstellte. In der deutschen Öffentlichkeit kamen kriegerische Auseinandersetzungen allenfalls als *conflicts of choice* vor: Stabilisierungs-, Ausbildungs- und Beratungseinsätze sowie gegebenenfalls Aufstandsbekämpfung, an denen sich Berlin nur zurückhaltend

beteiligte. Ein Angriffskrieg in Europa, der sich gegen die territoriale Integrität eines oder mehrerer Verbündeter richtet und in den auch Deutschland hineingezogen werden könnte – ein *war of necessity* – schien hingegen vollkommen undenkbar.

Doch schon der russische Krieg gegen Georgien 2008 und spätestens die verdeckte militärische Invasion Russlands in die Ukraine ab 2014 waren Weckrufe dafür, dass die Bedrohung durch bewaffnete Konflikte nichts an Relevanz eingebüßt hat. Gewalt als politisches Mittel war längst nach Europa zurückgekehrt. In Deutschland hingegen klammerten sich Politik und Gesellschaft an das Mantra, es dürfe und könne keine militärischen Lösungen in der internationalen Politik geben. Die Berliner Politik verkannte diese neue Realität noch bis zum erneuten Aufflammen des Bergkarabach-Krieges 2020 vollkommen – obwohl gerade hier durch eine bewaffnete Auseinandersetzung Fakten geschaffen und eben doch militärische Lösungen herbeigeführt wurden. So ist es wenig verwunderlich, dass auch im Zuge des russischen Truppenaufmarsches um die Ukraine seit Herbst 2021 die unbequeme Realität, dass Putin von Anfang an einen Krieg in Europa vorbereitete, vollkommen verdrängt wurde.

Was lange Zeit undenkbar schien, muss mit dem russischen Angriff auf die Ukraine nun endlich in das kollektive Bewusstsein zurückkehren: Krieg ist heute (wieder) eine relevante, vielleicht sogar die größte Bedrohung für die Demokratie in Europa. Das liegt auch daran, dass Russlands Krieg ein Angriff eines autoritären Regimes auf einen demokratisch verfassten Staat ist, der eben nur deshalb stattfindet, weil die demokratische Verfasstheit der Ukraine vom Kreml stets als existenzielle Bedrohung wahrgenommen wurde. Dass die Invasion der Ukraine offenbar mit dem Ziel erfolgte, mittels Regimewechsel den demokratischen Weg des Landes zu beenden und dessen dauerhafte Ausrichtung am politischen Westen zu verhindern, ist mehr als ein bloßer Verstoß gegen die regelbasierte Weltordnung. Russlands Krieg ist nichts Geringeres als ein Angriff auf die Demokratie als Staatsform und Gesellschaftsmodell an sich. Er stellt die von der Gemeinschaft der Demokratien getragene internationale Ordnung, die sich nach 1990 herausgebildet hat, grundlegend infrage. Indem Russland mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg eindeutig die Schwelle von der Systemkonkurrenz zum Systemkonflikt überschritten hat, fordert es die Gemeinschaft der demokratischen Staaten und die zentralen Institutionen der regelbasierten Weltordnung wie zu keinem anderen Zeitpunkt seit Ende des Kalten Krieges heraus.

Die große Sprengkraft eines Krieges in Europa

Auch unter Expertinnen und Experten wurde über Jahrzehnte das Gefahrenpotenzial eines Territorialkrieges in Europa als gering eingestuft. Dies lag weniger daran, dass die gravierenden und weitreichenden Konsequenzen eines Krieges unterschätzt wurden. Im Gegenteil: Zwar ist die Demokratie in Friedenszeiten einer Vielzahl von ernsthaften Herausforderungen ausgesetzt, doch nur wenige haben so schwerwiegende Konsequenzen wie eine kriegerische Auseinandersetzung. Allerdings wurde immer davon ausgegangen, dass die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios als gering einzustufen ist. Da ein Krieg somit zwar gravierende Auswirkungen hätte, deren Eintrittswahrscheinlichkeit aber als gering angesehen wurde, stuften Expertenkreise das Gefahrenpotenzial eines Krieges stets als moderat bis gering ein. Doch mit den jüngsten Erfahrungen muss diese Beurteilung grundsätzlich überdacht werden. Die Wahrscheinlichkeit eines in ganz Europa um sich greifenden Krieges ist heute größer als zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 – und das Gefahrenpotenzial für die Demokratie durch Krieg damit deutlich gestiegen.

Das Gefahrenpotenzial wird dadurch noch vergrößert, dass die Invasion Russlands in die Ukraine eine Reihe von Ausstrahlungseffekten und Nachwirkungen haben könnte. Gerade in der Anfangsphase der Invasion stellte sich in diesem Kontext die Frage, ob Moskau im Falle eines schnellen militärischen Erfolgs in der Ukraine weitere ehemalige Sowjetrepubliken, möglicherweise und trotz NATO-Mitgliedschaft sogar die baltischen Staaten, ins Visier nehmen könnte. Da der russische Feldzug in den ersten Wochen aus verschiedenen Gründen militärisch nicht die vom Kreml geplante Wirkung entfaltet hat, ist das Szenario, dass Russland über die Ukraine hinaus weitere Staaten angreift – wenngleich nicht komplett auszuschließen – so doch zum gegenwärtigen Zeitpunkt deutlich unwahrscheinlicher geworden.

Eine Gefahr besteht aber nach wie vor darin, dass der Kreml den Krieg in der Ukraine mit der Lage in anderen sicherheitspolitischen Arenen zu verknüpfen versucht. Dies zeichnete sich im März 2022 bereits durch Russlands Verhalten bei der Neuverhandlung des Nuklearabkommens mit Iran ab. Weiterhin könnte Putin die durch gestiegene Nahrungsmittelpreise verschlimmerte Lage in Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten ausnutzen, um Konflikte und Spannungen anzuheizen. So könnte Moskau an der Südflanke Europas über Krisen, Terrorismus und Migration Druck auf die südeuropäischen Verbündeten der Ukraine ausüben und damit die Kohäsion in EU und NATO unterwandern.

Der in Teilen militärisch missglückte Angriff auf die Ukraine stellt für Putin und die russische Führung eine existenzielle Gefahr dar – ein Scheitern hätte nur schwer abschätzbare Konsequenzen für den Fortbestand des Systems Putin und muss daher vom rus-

sischen Präsidenten unter allen Umständen verhindert werden. Der Einsatz einer Massenvernichtungswaffe, von biologischen und chemischen Kampfstoffen bis hin zum taktischen Atomschlag, durch einen in die Enge getriebenen Putin erscheint daher nicht völlig ausgeschlossen. Eine solche Eskalation auf dem europäischen Kontinent wäre in der jüngeren Geschichte präzedenzlos. Sie würde neben unermesslichem Leid in der Ukraine auch eine weitere Zäsur der europäischen Nachkriegsordnung mit sich bringen – und das Mantra, die NATO dürfe nicht in den Krieg eingreifen, grundlegend infrage stellen.

Es stellt sich ebenfalls die Frage, ob China die gegenwärtige Situation für sich ausnutzen und die Rückführung Taiwans in die Volksrepublik militärisch erzwingen könnte, während die USA mit einem Krieg in Europa beschäftigt sind. Dieses Szenario hätte insbesondere dann eine große Tragweite, wenn doch noch ein russischer Angriff auf einen NATO-Verbündeten stattfinden würde und Washington somit zum militärischen Beistand verpflichtet wäre.

Dass sich die Konkurrenz zwischen China und dem politischen Westen weiter verschärft, scheint mit Blick auf die Entwicklungen vergangener Jahre und die zunehmenden Spannungen zwischen Peking und Washington kaum abzuwenden. Dennoch muss unbedingt verhindert werden, dass die kommunistische Führung der Volksrepublik ebenfalls ihre schon jetzt aggressive Politik gegenüber Nachbarstaaten, allen voran Taiwan, verschärft und letztlich – nach russischem „Vorbild“ – militärisch in der Region ausgreift. Es wird darauf ankommen, dass der Westen seine geschlossene Linie gegenüber Moskau beibehält. Die ganze Welt muss erkennen, dass jeder, der so rücksichtslos auf militärische Gewalt setzt, einen Weg in den ökonomischen Untergang und die politische Isolation antritt. Putin muss es durch seinen Völkerrechtsbruch so ergehen, dass jeder Potentat weltweit – insbesondere auch in Peking – denkt: So möchte ich nicht enden!

Die unvollständige Rückkehr zur Landes- und Bündnisverteidigung

Durch Russlands Angriff auf die Ukraine müsste allen klar geworden sein, dass eine bedingungslose Appeasement-Politik, das Vertrauen auf ökonomische Interdependenz unter dem Stichwort „Wandel durch Handel“ und die Hoffnung, Russland und China so in die regelbasierte Weltordnung einbinden zu können (dass sie möglicherweise dagegen verstoßen, aber nicht versuchen, sie gänzlich zu zerstören), gescheitert ist. Die Gemeinschaft der liberalen Demokratien muss im Rahmen von EU, NATO und darüber hinaus wieder stärker auf Abschreckung und Verteidigung setzen, um der veränderten Bedrohungslage entschieden entgegenzutreten zu können.

Für Deutschland bedeutet dies, zum Schutz Europas alle für Abschreckung und Verteidigung nötigen Kräfte, Fähigkeiten und Maßnahmen wiederherzustellen, um in einem potenziellen Konflikt mit Russland bestehen zu können. Nur dies stellt sicher, dass ein Krieg zwischen der NATO und Russland nie tatsächlich geführt werden muss. Dabei kommt es vor allem auf Deutschland an – andere größere europäische Staaten wie Großbritannien oder Frankreich haben ihre Streitkräfte aufgrund ihrer strategischen Prioritäten anders aufgestellt und sind daher nicht mehr in der Lage, die für die Verteidigung der europäischen Ostflanke nötigen Landstreitkräfte zu stellen. Bisher kompensieren dies die Vereinigten Staaten mit ihrer Präsenz von mehr als 100.000 Soldatinnen und Soldaten in Europa sowie ihrer Fähigkeit, im Krisenfall schnell weitere Großverbände über den Atlantik verlegen zu können. Perspektivisch wird Washington jedoch sein Engagement in Europa zurückfahren müssen, um begrenzte Ressourcen stärker auf den indopazifischen Raum zu konzentrieren, wo die USA ein militärisch erstarkendes China ausbalancieren müssen. Die Lücke, die ein amerikanischer (Teil-)Abzug aus Europa möglicherweise schon nach Amtsübernahme einer neuen US-Regierung im Jahr 2025 hinterlässt, muss dann vor allem von Deutschland ausgefüllt werden.

Nur aus diesem Grund hat der Deutsche Bundestag den Verteidigungshaushalt innerhalb von zehn Jahren von etwas weniger als 30 Milliarden auf mehr als 50 Milliarden Euro angehoben. Landes- und Bündnisverteidigung sind zudem mit dem Weißbuch von 2016 als gleichrangiger Auftrag der Bundeswehr neben dem internationalen Krisenmanagement festgelegt worden und prägen seitdem jede politische Debatte über das Fähigkeitsprofil der deutschen Streitkräfte und deren Umfang, Struktur, Ausstattung und Bewaffnung. Mit den im Januar und Mai 2016 eingeleiteten Trendwenden Material und Personal sollten wesentliche Voraussetzungen geschaffen werden, um die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr wiederherzustellen. Allerdings konnten beide Initiativen in den vergangenen Jahren bei weitem nicht die erhoffte Wirkung entfalten.

Nachdem die Bundeswehr die mittelfristige personelle Zielgröße für 2027 bei 203.300 Dienstposten festgelegt hatte, hat sich der Personalbestand in den vergangenen Jahren zwischen 183.000 und 185.000 Frauen und Männern eingependelt. Mit Blick auf die demografische Lage konnten der resultierende Mehrbedarf an Personal von fast 20.000 Soldatinnen und Soldaten und auch der Aufbau einer Reserve mit 120.000 Posten nach Aussetzung der Wehrpflicht ohne umfassende Vorbereitung alternativer Personalgewinnungsmechanismen bisher nicht gedeckt werden. Allein im Bereich Cyber- und Informationsraum sind in manchen Einheiten gerade einmal die Hälfte aller Stellen mit den dringend benötigten, hochausgebildeten Spezialistinnen und Spezialisten besetzt.

Auch im Bereich Beschaffung und materielle Einsatzbereitschaft konnten in den vergangenen Jahren nur zum Teil Fortschritte erzielt werden. Zwar lag die materielle Einsatzbereitschaft der 71 Hauptwaffensysteme der Bundeswehr im Jahr 2021 offiziell bei 76 Prozent. Da hier jedoch der Verfügungs- statt der Buchbestand zugrunde gelegt wird, kaschiert diese Kennzahl, dass die tatsächliche

Materiallage weitaus dramatischer ist und die Einsatzbereitschaft teils deutlich niedriger – bei etwa 30 Prozent – liegt. So muss die Bundeswehr regelmäßig für die Gestellung einer mittelschweren Kampfbrigade für die NATO-Speerspitze Material und Ausrüstung aus sämtlichen anderen Großverbänden des Heeres zusammenziehen und wäre zum gleichzeitigen Einsatz einer zweiten Brigade nicht in der Lage.

Verglichen mit den durchweg hohen Einsatzbereitschaftsständen der alten Bundeswehr in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs, ist dies ein völlig inakzeptabler Zustand, denn er hätte im Falle eines tatsächlichen Krieges schwerwiegende Konsequenzen – nämlich die rasche Niederlage zumindest in den Anfangsoperationen. Inwiefern das vom Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro hier Abhilfe schaffen kann, bleibt abzuwarten. Mehr Geld allein löst nicht die strategische Frage, worin investiert werden muss und wie die Bundeswehr künftig aufgestellt sein sollte, um wieder ihre Kernaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen.

Überfällige Anpassungen in allen Dimensionen

Deutsche Verteidigungspolitik muss sich auf das rückbesinnen, was die deutschen Streitkräfte jahrzehntelang vorzüglich beherrscht hatten, und an dem orientieren, was die Kriegführung der Zukunft – und hier setzen neben den USA auch Russland und China die Maßstäbe – technologisch und doktrinär gebietet. Die Befähigung zur Führung hochintensiver Gefechte in allen Dimensionen der Kriegführung muss Kernauftrag, strukturbestimmendes Parameter und maßgebliches Kriterium für die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr sein. Um die Bundeswehr angesichts der grundlegend veränderten Bedrohungslage und des rasanten waffentechnologischen Fortschritts für die kommenden zwei Jahrzehnte bestmöglich aufzustellen, müssen in allen Dimensionen der Kriegführung – Land, See, Luft sowie Cyber- und Informationsraum – längst überfällige, wegweisende Entscheidungen getroffen und dann auch umgesetzt werden.

Im deutschen Heer, der größten deutschen Teilstreitkraft, kommt es im Kern darauf an, die der NATO bis 2032 zugesagten drei personell und materiell voll ausgestatteten Divisionen mit acht bis zehn Kampfbrigaden zu stellen – ein Gesamtumfang von 50.000 bis 60.000 Soldatinnen und Soldaten. Dafür braucht es dringend die von der Bundesregierung angekündigten Investitionen in Ersatzteile, Munition und persönliche Ausrüstung. Wesentliche Herausforderungen liegen allerdings auch in der Beschaffung moderner, also digitalisierter und für *joint multinational domain operations* geeigneter Waffen- und Führungssysteme, allen voran der Nachfolge des Kampfpanzers Leopard 2 im Rahmen des mit Frankreich geplanten Main Ground Combat Systems und der Wiederaufstellung der Fähigkeit zur Flugabwehr

im Bereich des Heeres als Teil einer integrierten Luftverteidigung gegen ein breites Spektrum an Bedrohungen, von der Drohne bis hin zur taktischen ballistischen Rakete.

Außerdem bestehen strukturelle und doktrinäre Herausforderungen, die dringend angegangen werden müssen. Das Heer muss eine radikale doktrinäre Kehrtwende zurück zu seiner historischen Aufgabe vollziehen und wieder Verteidigungs-, Verzögerungs- und (Gegen-)Angriffsoperationen in der nordeuropäischen Tiefebene führen können. Dazu muss auch die zuletzt vernachlässigte Führungsfähigkeit auf Brigade- und Divisionsebene wiederhergestellt und eine angemessene Digitalisierung der Landstreitkräfte gesichert werden. Zudem wird Deutschland in einer sich zuspitzenden Krise mit Russland als Drehscheibe für die rechtzeitige Verlegung von alliierten Verstärkungsverbänden quer durch Mitteleuropa an die Ostflanke fungieren müssen. Besonders die dafür nötigen Strukturen und Prozesse müssen besser eingespielt und geübt, alle zivilen und militärischen Akteure mit ihnen vertraut gemacht und Defizite beseitigt werden. Dabei geht es auch darum, alle essenziellen Anteile der zivilen kritischen Infrastrukturen Europas fest in eigener Hand zu behalten: *Command, Control, Communications* zur Wahrung der eigenen Führungsfähigkeit; *Intelligence, Surveillance, Reconnaissance* zur Wahrung des eigenen Lagebildes und *Military Mobility* zur Wahrung der zeitgerechten Verlegung von Truppenteilen von den Häfen in Westeuropa über Schienen und Straßensysteme nach Osten.

Die Rückbesinnung auf Bündnisverteidigung zu Land wird außerdem nur funktionieren, wenn das Heer gemäß dem *joint-multi-domain*-Ansatz adäquat aus der Luft unterstützt wird. Gegenüber der NATO hat Deutschland zugesagt, im Krisenfall etwa 10 Prozent der Kampfeinsatzflüge zu leisten und dafür vier gemischte Einsatzgeschwader bereitzustellen. Diese kämen zur Herstellung von Luftüberlegenheit im rückwärtigen Mitteleuropa, den frontnahen Einsatzräumen und dem gegnerischen Luftraum zum Einsatz und müssten darüber hinaus auch Luftoperationen zur Unterstützung von NATO-Land- und Seestreitkräften fliegen. Um dies zu gewährleisten, müssen die Einsatzbereitschaft und -fähigkeit der Luftwaffe deutlich erhöht werden. Ähnlich der Situation im Heer liegt der Schlüssel darin, die für längere Durchhaltefähigkeit nötige Bevorratung mit Munition, hochwertiger Bewaffnung und Ersatzteilen, an der zu lange gespart wurde, endlich wieder auf ein angemessenes Niveau zu bringen.

Zudem müssen auch im Bereich der Luftwaffe teils seit Jahren ausstehende Beschaffungsvorhaben zügig auf den Weg gebracht werden. Nachdem die längst überfälligen Entscheidungen, bewaffnete Drohnen zu beschaffen und mit der F-35 ein neues Kampfflugzeug für die nukleare Teilhabe einzukaufen, auf den Weg gebracht wurden, muss als nächstes der taktische Lufttransport durch die Beschaffung schwerer Transporthubschrauber sichergestellt werden. Perspektivisch drängt auch die Modernisierung der drastisch verkleinerten bodengestützten Luftverteidigung zum Schutz gegen die stark gestiegene Bedrohung durch Flugkörper und Flugzeuge.

Auch in der Dimension See muss die Bundeswehr besser zur Ausbalancierung Russlands im Rahmen der NATO befähigt werden. Deutschland ist Führungsnation in der Ostsee, muss auch im Nord-

atlantik und Mittelmeer einen substanziellen Beitrag zur Präsenz des Bündnisses leisten und hat gegenüber der NATO langfristig die Bereitstellung von mindestens 25 hochseegehenden Überwassereinheiten und acht U-Booten zugesagt. Für diese Zusagen und künftigen Aufgaben fehlt es der deutschen Marine vor allem an kampfstarken Überwassereinheiten für symmetrische Gefechtsszenarien. Beim nächsten Fregattentyp F126, von dem vier Einheiten bis 2027 beschafft werden, sollte daher die bestehende nichtverbindliche Option auf zwei weitere Schiffe gezogen werden. Um einen wirklichen Schritt vorwärts zu gehen und Deutschland in die Lage zu versetzen, seinen maritimen Aufgaben und Verpflichtungen angemessen gerecht zu werden, müsste außerdem die für 2032 geplante Beschaffung von sechs Einheiten der nächsten Luftverteidigungsfregatte F127 deutlich vorgezogen werden. Auch die Beschaffung eines Nachfolgemodells der sechs U-Boote, welche die Marine momentan im Bestand hat, sollte in Kooperation mit den Niederlanden termingerecht sichergestellt und politisch aktiv begleitet werden.

In allen Dimensionen und für die Bundeswehr als Ganzes ist neben der materiellen Beschaffung und organisatorischer Reformen auch der große Personalbedarf ein drängendes Problem.

In allen Dimensionen und für die Bundeswehr als Ganzes ist neben der materiellen Beschaffung und organisatorischer Reformen aber auch der große Personalbedarf ein drängendes Problem. Auch die Finanzausgaben des Bundeskanzlers können den eklatanten Personalmangel in den Streitkräften nicht lösen. Stattdessen muss über eine moderne Form des Dienstes an der Waffe diskutiert werden, die auch zu einer besseren Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft beiträgt und über den Bereich Verteidigung hinaus eine stärkere Resilienz der deutschen Gesellschaft sicherstellt.

In diesem Kontext müssen die deutsche Politik und Öffentlichkeit auch ehrlich diskutieren, welches Bild von der deutschen Soldatin oder dem deutschen Soldaten sie künftig prägen möchten. Wenn in Europa wieder Krieg geführt wird, wenn die Bundeswehr wieder zu einer der schlagkräftigsten Streitkräfte Europas aufgebaut werden soll und wenn Mitbürgerinnen und -bürger in Uniform die freiheitlich-demokratische Grundordnung notfalls mit ihrem Leben verteidigen sollen, dann muss klar sein, dass wir auch beim Mindset eine Trend-

wende benötigen. Das durch die Auslandseinsätze geprägte Bild des „Entwicklungshelfers in Uniform“ ist dabei aus der Zeit gefallen. Daher müssen wir auch über das Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Streitkräften diskutieren. Die Bundeswehr selbst kann diese Debatte nicht anstoßen – dies ist Aufgabe der Politik.

Autoren

Nils Wörmer leitete bis Mai 2022 die Abteilung „Internationale Politik und Sicherheit“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. **Philipp Dienstbier** ist Referent für „Transatlantische Beziehungen“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.